

1. Online-Meeting der Friedrich-Ebert-Stiftung MV zum Thema: Europa neu denken – Ein Europa der Beschäftigten

(Berichterstatter: Joachim Gasiiecki)

Am 16. 02. 2021 realisierte die FES ein interessantes Meeting zu aktuellen europapolitischen Fragen. Im Zentrum standen Entwicklungsfragen der europäischen Sozialpolitik. Moderiert wurde die Veranstaltung von Frederic Werner, Leiter des Landesbüros der FES in MV und Mitglied des Landesvorstandes der Europa-Union MV, der eingangs betonte, dass es aktuell wichtig sei zusehen, was uns in Europa verbindet, was wir gemeinsam gestalten können mit Blick auf ein „Europa der Bürger“. Dabei spielen die Entwicklungsfragen sozialpolitischer Aspekte eine besondere Rolle.

Jan Stern, verantwortlich im Bundesvorstand des DGB für die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften in Europa, besonders mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund, setzte eine Reihe von Positionen zur inhaltlichen Einführung in die Diskussion. Sein Ausgangspunkt war die Feststellung, dass zur Verwirklichung der Aussage im Artikel 1 des Vertrages von Lissabon hinsichtlich der „Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas“ noch ein weiter Weg zurückzulegen sei. Die Pandemie seit 2020 hat in vielfacher Weise Probleme und Schwachstellen der öffentlichen Daseinsorge, des Gesundheitswesens und anderer sozialer Bereiche sichtbar gemacht. Positiv ist, dass die Diskussion und schließlich Einigung über den umfangreichen Wiederaufbaufonds der EU auch die Diskussion über Grundwerte und Rechtsstaatlichkeit auf den Weg gebracht hat. Hinzu kommt ein Dogmenwechsel in der Sozialpolitik. Während wir seit 2017 in der EU zwar über eine „Säule sozialer Rechte“ verfügen, diese aber nur Prinzipien, aber keine einklagbaren Rechte formuliert, geht die Europäische Kommission heute einen wesentlichen Schritt weiter: ein Aktionsplan zur Umsetzung der sozialen „Säule“ ist angekündigt, der sicher durch die portugiesische Ratspräsidentschaft engagiert vorangetrieben wird. Dazu gehört auch die Weiterführung der Diskussion zu einem Richtlinienvorschlag der Kommission mit dem Ziel europäische Rahmenbedingungen für die Entwicklung nationaler Tarifregelungen auf den Weg zu bringen. Die kommende Zukunftskonferenz wird dazu dienen, mit den Bürgern in ein umfassendes Gespräch zu kommen, Abgrenzungen zwischen nationaler und europäischer Politik zu verbessern und politische Prioritäten der EU und ihrer Mitgliedsländer konkreter festzulegen. In diesem Zusammenhang wird das Verhalten zum Umgang mit den Grundwertefragen eine wichtige Rolle spielen. Schließlich werden die Entscheidungsmechanismen in der EU weiterzuentwickeln sein.

Als kompetente Akteurin auf europäischer Ebene äußerte sich Delara Burkhardt, Mitglied des EP und seines Umweltausschusses, zu einigen offensichtlichen Erfordernissen der Weiterentwicklung der Politik der EU in verschiedenen Bereichen. Sie sah als einen Ansatz die tiefere Klärung der Frage, wie man auf den unterschiedlichen Entscheidungsebenen nationale und europäische Möglichkeiten sinnvoll miteinander verbinden kann. Dazu benötigt man aber eine stärkere europäische Öffentlichkeit, gerade im sozialpolitischen Bereich, um das „soziale Europa“ voranzutreiben. In diesem Zusammenhang bemerkte sie, dass wir häufig zu stark in „Entweder-Oder“-Kategorien diskutieren und dabei vorschnell Ergebnisse erwarten, obwohl wir einen viel längeren Atem brauchen. Für wichtig hielt sie es, dass vor allem die Kommission künftig als „Hüterin der Verträge“ entschlossener agiert und gerade in Grundwertefragen und beim Rechtsstaatsmechanismus bewusster und klarer auftritt.

Die Diskussionsteilnehmer warfen ergänzend interessante Teilfragen auf. Betont wurde, dass es – gerade bei der Verletzung demokratischer Rechte, aber auch in weiteren Bereichen – hemmende „Fliehkräfte“ gibt, für deren Abschwächung uns aber nicht genügend Instrumente zur Verfügung stehen. Diskutiert wurde die Frage einer „Europäischen Arbeitslosenversicherung“, die wünschenswert sei, aber unter Berücksichtigung nationaler Zuständigkeiten wohl in naher Zukunft noch unrealistisch ist. Hervorgehoben wurde, dass die existierende „Europäische Arbeitsagentur“ keine wirkliche „Arbeitsschutzbehörde“ ist, die in diesem Sinne – z. B. auch mit Blick auf europäische Saisonarbeiter – erst noch arbeitsfähig gemacht werden muss, um nicht nur eine Beobachtungsfunktion auszuüben, sondern zu einer wirklichen Anlauf- und Beratungsstelle werden wird.

Zusammengefasst hielten die Teilnehmer des Meetings die kommende Zukunftskonferenz der EU für wichtig, die zu einem jahrelangen Diskussionsprozess werden muss, bei dem sich unsere Beteiligung lohnt. Fest steht, dass die EU Weiterentwicklung benötigt. Der Moderator Frederic Werner fasste das in knappen Worten zusammen: „Wir brauchen mehr, nicht weniger Europa!“.

Hinzuzufügen ist, dass viele Beschlüsse der Europa-Union (gerade auch im Hinblick auf mehr demokratischer Teilhabe und Überwindung nationaler Egoismen in der EU) den gewerkschaftlichen Forderungen entsprechen und das man hier (auch und gerade in MV) künftig vielleicht stärker und besser zusammenarbeiten sollte.

**Eine Ergänzung zum vorstehenden Online-Meeting:
Finanzen und Rechtsstaatlichkeit
Der europäische Kompromiss zum neuen EU-Haushalt**

„Denn das Geld ist schließlich eine der ganz empfindlichen Flanken jeder Regierung. Und wer einem Club beitrifft und dabei die Regeln samt Hausordnung unterschreibt, der weiß schließlich, was er tut und muss sich nicht über Sanktionen wundern, wenn er gegen grundlegende Regeln verstößt. ...

Ein ganz scharfes Schwert ist der nun ausgehandelte Rechtsstaatsmechanismus freilich nicht, ebenso wenig wie die bereits bestehenden Maßnahmen zur Rechtsstaatlichkeit sind. Diese beruhen ja vor allem auf Berichten und strukturiertem Dialog. Durch den zuletzt mit Polen und Ungarn geschlossenen Kompromiss kann eine Anwendung der Rechtsstaatsmechanismus erheblich verzögert werden. ...

Haben also Orbán und Kaczyński gewonnen und der EU ein Schnippchen geschlagen? Nein. Wenn der Rechtsstaatsmechanismus auch kein scharfes Schwert ist, so ist er doch auch kein zahloser Tiger. Das rechtfertigt aus meiner Sicht auch den Kompromiss. Wichtig ist, dass es den Mechanismus nun überhaupt gibt und die Zahlung von EU-Geldern somit künftig grundsätzlich an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien gekoppelt sein soll. Das Thema Rechtsstaatlichkeit ist zum Dauerbrenner geworden. Wer dagegen verstößt, steht im Rampenlicht und alle schauen hin. ...

Es liegt auch am Charakter der EU, dass es nun so ist, wie es ist. Bei so vielen Mitgliedstaaten geht es einfach nicht anders, als das Machbare im Blick zu behalten. Die Funktionsweise der EU basiert eher auf Konsens denn auf Streit und Zwang. Und das ist auch gut so. Konsens und Kompromiss sind bisweilen schwer zu erreichen. Demokratie ist langsam. Das Streben nach Konsens und die Notwendigkeit von Kompromissen stellt die Geduld all derer auf eine harte Probe, die auf progressive Politik setzen und wollen, dass Polen und Ungarn schnell zur Verantwortung gezogen werden ... Es liegt aber nicht in der Hand der EU, wen Polen und Ungarn wählen; es liegt auch nicht in der Hand der EU, einen Politikwechsel zu erzwingen. Das könnten nur Polen und Ungarn selbst an den Wahlurnen erreichen.“

(Dietmar Nietan, Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, Mitglied des Bundestages. – In: DIALOG – Deutsch-Polnisches Magazin, Nr. 134 (04/2020-2021), S. 6)